

Newsletter

27.05.2011 Ausgabe 2/11

Liebe Leserin, lieber Leser,
mit unserem aktuellen Newsletter informiert Sie die Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wieder über die Wuppertaler Kommunalpolitik, insbesondere über die Ratssitzung am 23.05.2011.

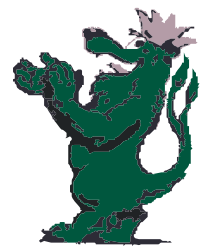
Sie können gern per Email mit uns Kontakt aufnehmen und uns Ihre Meinung, Anregungen oder auch Ihre Kritik mitteilen.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung an fraktion@gruene-wuppertal.de



Peter Vorsteher
Fraktionsvorsitzender

[Bitte benachrichtigen Sie uns, wenn Sie keine Infos mehr erhalten möchten.](#)



Hier sind unsere aktuellen Themen:

[Podiumsdiskussion am 31.05.11](#)

[Wuppertal steigt aus und schaltet um - Kein gemeinsamer Atomausstieg!](#)

[Energieversorgung in Wuppertal](#)

[Charta der Vielfalt in Unternehmen](#)

[Bürgerhaushalt für Wuppertal](#)

[Steuer gegen Armut](#)

[Handlungsprogramm Gewerbeflächen](#)

[GRÜNE für vorsorgende Jugendpolitik](#)

[Schulentwicklungsplanung für Förderschulen](#)

[Weltcafé: Integration meint Miteinander](#)



Podiumsdiskussion am 31.05.11

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Wuppertal lädt ein zur Podiumsdiskussion „Atomausstieg + Energiewende in Wuppertal wenn nicht jetzt - wann dann?“ am Dienstag, 31.05.2011, 18:00 Uhr in der börse, Wolkenburg 100. Die Einladung und weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Wuppertal steigt aus und schaltet um - Kein gemeinsamer Atomausstieg!

Die Ratsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN versuchte, alle Fraktionen für einen gemeinsamen Antrag zu Atomausstieg und Energiewende für die Ratssitzung am 23.05.2011 zu gewinnen. CDU und SPD lehnten ab, deshalb gab es einen Antrag „GRÜN pur“. [Hier](#) können Sie ihn lesen.



Beschlossen wurde leider eine weichgespülte Absichtserklärung von CDU und SPD zum Atomausstieg, die an der Stromerzeugung aus Kohlekraftwerken festhält und kein verbindliches Bekenntnis zur Energiewende beinhaltet. Damit hat der Rat der Stadt es versäumt, ein klares Bekenntnis zum notwendigen Ausstieg aus der Atomenergie und Einläuten der Energiewende abzugeben.

[Hier](#) können Sie die Rede unseres Stadtverordneten Klaus Lüdemann und [hier](#) die unserer Stadtverordneten Bettina Brücher lesen, in der die wichtigsten Argumente zusammengefasst sind. Der Vorschlag, auf der Kleinen Höhe Windkraftanlagen zu bauen, findet die Unterstützung der GRÜNEN als einen Schritt hin zu 100% erneuerbaren Energien im Bergischen Land, auch wenn CDU und SPD bis dahin einen Zickzackkurs an Nutzungsvorschlägen hingelegt haben, vom Gewerbegebiet über die Wohnbebauung bis hin zum Windpark.



Energieversorgung in Wuppertal

Die GRÜNEN stellten eine Anfrage rund um das Thema Erneuerbare Energien und wollten von der Verwaltung genau wissen, wie die Stadt als Hauptanteilseignerin der WSW zum Umstieg auf 100 % Erneuerbare Energien steht. [Hier](#) können Sie die Anfrage lesen und [hier](#) die Antwort der Verwaltung, die u.a. Stellung bezieht zu Atomenergie, Kohlekraftwerken und Erneuerbaren Energien.

Charta der Vielfalt in Unternehmen

Die „Charta der Vielfalt“ ist eine Initiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen. Wesentlich ist ein grundlegendes Bekenntnis zur Fairness und Wertschätzung von Menschen in Unternehmen. Dem Aufruf der GRÜNEN sind alle anderen Fraktionen gefolgt und haben einen gemeinsamen [Beschluss](#) auf Beitritt zur Charta der Vielfalt gefasst. Durch die Unterzeichnung verpflichtet sich die Stadt Wuppertal, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen und Ausgrenzungen ist.

Nähere Informationen können Sie unter www.charta-der-vielfalt.de sehen.

Bürgerhaushalt für Wuppertal



Der GRÜNE Antrag auf echte Bürgerbeteiligung beim nächsten Haushaltsentwurf fand Nachahmer, denn er wurde von CDU und SPD kopiert und verwässert als eigener Ratsantrag gestellt. Das ist eine Trendwende, denn bislang wurden die seit 2004 von GRÜNEN regelmäßig gestellten Anträge auf Bürgerbeteiligung von CDU und SPD im Rat immer abgelehnt. Deshalb ist das Plagiat bemerkenswert, denn damit bekennen sich die Kooperationsfraktionen nach jahrelangem Widerstand gegen GRÜNE endlich zu mehr Bürgerbeteiligung. [Hier](#) können Sie den GRÜNEN Antrag nachlesen und [hier](#) den verwässerten, aber mehrheitlich im Rat beschlossenen Antrag und [hier](#) die Rede unseres Stadtverordneten Marc Schulz, der die Unterschiede herausarbeitet.

Steuer gegen Armut

Im Zuge der Bankenkrise fand das Thema Steuern auf Spekulationen immer mehr Unterstützung. 2009 schrieb der Jesuitenpfarrer Jörg Alt einen Brief, mit dem er die Kampagne „Steuer gegen Armut“ eröffnete, die mittlerweile auch international viele AnhängerInnen hat. Eine Steuer, die sowohl sozialschädliche Spekulation bestraft, aber zugleich Mittel generiert, um Armut zu bekämpfen und zum Schutz von Klima und Umwelt beizutragen. Die GRÜNEN nahmen die Anregung auf und wollten einen von allen Fraktionen getragenen Unterstützungsantrag dieser Kampagne im Rat stellen. Die SPD aber winkte ab, weil sie grundsätzlich gegen eine Zweckbindung von Geldern ist und stellte einen eigenen, entsprechend verkürzten Antrag. Die Linke übernahm die ursprüngliche Fassung. Raten Sie mal, welcher Antrag die Mehrheit bekommen hat.



[Hier](#) können Sie die Rede unserer sozialpolitischen Sprecherin Ilona Schäfer nachlesen, in der sie das Possenspiel politisch bewertet. Weitere Informationen über die Kampagne gibt es unter www.steuer-gegen-armut.org

Handlungsprogramm Gewerbeflächen



Die Verwaltung legte eine umfangreiche Vorlage vor, in der das Handlungsprogramm für Gewerbeflächen weitergeführt wird. Die GRÜNEN halten es aus ökologischen Gründen für zwingend, das Konzept gemeinsam mit den Nachbarstädten aufzulegen, überwiegend Brachflächen für die gewerbliche Nutzung zur Verfügung zu stellen und einige Flächen komplett aus der Vermarktung zu entfernen, wie z.B. die Kleine Höhe. Welche Flächen von den GRÜNEN darüber hinaus aus dem Programm genommen werden, können Sie [hier](#) in unserem Änderungsantrag lesen und [hier](#) die Begründung unseres stadtentwicklungspolitischen Sprechers Klaus Lüdemann. CDU und SPD stimmten auch gegen diesen GRÜNEN Antrag.

GRÜNE für vorsorgende Jugendpolitik

Die schwarz-rote Kooperation kürzt offene Kinder- und Jugendarbeit, das ist das Ergebnis von Verhandlungen, die der Kämmerer Dr. Slawig (CDU) mit der Regierungspräsidentin in Düsseldorf geführt hat. In der Summe wird der städtische Personalansatz bei der offenen Kinder- und Jugendarbeit um 10% gesenkt. Aus fachlicher Sicht für eine Großstadt wie Wuppertal ein unhaltbarer Sparansatz zu Lasten der Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt. Lesen Sie [hier](#) die Rede unseres kinder- und jugendpolitischen Sprechers Paul Yves Ramette.



Schulentwicklungsplanung für Förderschulen



Die Stadt schreibt alle 10 Jahre die Schulentwicklungspläne fort, dazu ist sie gesetzlich verpflichtet. Turnusgemäß müssen aktuell die Förderschulen weiter entwickelt werden. Zur entsprechenden Vorlage der Verwaltung stellten die GRÜNEN einen Änderungsantrag, dass der Plan um einen Inklusionsplan ergänzt und bis dahin keine Schulschließungen vorgenommen werden sollen. Lesen Sie [hier](#) die Rede unseres schulpolitischen Sprechers Marc Schulz mit allen vorgetragenen Argumenten für den Antrag. CDU und SPD waren leider nicht zu überzeugen und lehnten auch diesen Antrag selbstherrlich ab.

Weltcafé: Integration meint Miteinander

Am Mittwoch, den 11.05.2011 lud die GRÜNE Fraktion die Mitglieder von Migrantenselbstorganisationen zur Diskussion ins Weltcafé ein. Diese Veranstaltungsform machte es möglich, dass alle Anwesenden zu Wort kamen und Anregungen oder Wünsche nennen konnten, was nach Ihrer Ansicht für eine gelungene Integration in Wuppertal noch getan werden muss. In fünf parallel laufenden Gesprächsrunden wurden Anstöße zu den Schwerpunktthemen Bildung, Stadtteil, SeniorInnen, Stadtverwaltung und Kultur geäußert. Die GRÜNEN werden die Ergebnisse auswerten und daraus Initiativen für die städtischen Gremien entwickeln.

[zurück nach oben](#)